

Hilfe nötig

Julia Frese

zum Emissionsschutz

Beim Thema Emissionsschutz gehen die Positionen von Naturschützern und Unternehmen selten Hand in Hand. Für eine intakte Umwelt sind zwar die meisten, aber die Kosten für die erforderliche Ausrüstung kann nicht jede Firma ohne Weiteres stemmen. Darum müssen der Bund und die Europäische Union hier nachhelfen.

Erst vor wenigen Monaten hat eine Studie des Leibniz-Instituts für Troposphärenforschung in Leipzig ergeben, dass Umweltzonen den Gehalt an hochtoxischem Dieselruß in der Luft tatsächlich verringern. Die Folgen der Emissionen für den Menschen sind zwar nicht unumstritten, jedoch weisen Studienergebnisse in die Richtung, dass saubere Luft dem Einzelnen deutlich mehr gesunde Lebensjahre beschert. Dafür möchte sich jeder gern einsetzen, jedoch nicht so tief ins Portemonnaie greifen.

Dass Autofahrer etwa ihre Dieselfahrzeuge mit teuren Rußfiltern ausstatten müssen, um in der Umweltzone fahren zu dürfen, Binnenschiffe und Baumaschinen

aber weiter die Luft in diesen Bereichen verpesten dürfen, sehen viele zu Recht nicht ein. Schließlich muss die Kosten für Filter und Einbau der einzelne Pkw-Besitzer tragen. Immerhin hat das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle die Nachrüstung von privaten Dieselfahrzeugen mit Rußpartikelfiltern bis zum Frühjahr dieses Jahres jedoch mit je 260 Euro bezuschusst. Für viele Autobesitzer war dies ein wichtiger Anreiz, ihren Wagen für die grüne Plakette auszustatten.

Solche finanziellen Beihilfen bei der Nachrüstung braucht auch die Bremer Wirtschaft. Einen Rußpartikelfilter bei einem Schiff einzubauen, schlägt mit mehreren Tausend Euro zu Buche. Gerade für kleinere Reedereien kann sich dadurch ein existenzielles Problem ergeben, wenn ihre Schiffe ohne Filter nicht mehr auf den bisherigen Strecken fahren dürfen, die Nachrüstung aber nicht finanzierbar ist.

Dass der BUND gerade bei so emissionsstarken Fahrzeugen wie Baumaschinen und Binnenschiffen strengere Regeln fordert, ist nachvollziehbar und vernünftig. Nur müssen die Forderungen auch erfüllbar sein. Und es sollten nicht nur die Unternehmen selbst ins Portemonnaie greifen müssen, sondern auch jene, die die Richtlinien aufstellen. julia.frese@weser-kurier.de